

Amtliche Bekanntmachung

71 K 13/23



Amtsgericht Herford

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 05.07.2024, 09:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 005, Auf der Freiheit 7, 32052 Herford**

der Grundbesitz, eingetragen im

Grundbuch von Herford, Blatt 8732,

BV lfd. Nr. 3

Gemarkung Herford, Flur 84, Flurstück 506, Gebäude- und Freifläche, Elverdisser Str. 42 f, Größe: 2.204 m²

Eigentümer:

a) Anna Schlichter

b) Viktor Schlichter -zu je 1/2 Anteil-

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein exklusives Wohnhaus mit Garage und Nebengebäuden, Ursprungsbaujahr 1972, umfassende Sanierung 2023, ca. 381 m² Wohnfläche, Objekt ist in einem sehr gepflegten Zustand, leichte Feuchtigkeitsschäden im Keller.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 10.08.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

829.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.